

Sehr verehrter Herr Präsident! Meine geehrten Damen und Herren!  
Nachdem die Fraktion DIE LINKE nun so lange den Kopf geschüttelt hat, bis sie endlich ein Haar in der Suppe finden konnte, möchte ich mich ganz gern dem Gesetzentwurf nähern, indem ich ihn würdige. Es geht hier weniger um den Austausch sozialwissenschaftlicher Thesen zur Aufarbeitung, sondern vielmehr um die praktische Ausgestaltung eines Amtes. Ich denke, dafür sind hier durchaus kluge Vorschläge gemacht worden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! In den letzten Tagen ist aus alarmierenden Gründen viel über Geheimdienste, speziell über den amerikanischen Geheimdienst NSA, diskutiert worden. Der Vergleich zur Staatssicherheit ist dabei immer schnell gezogen. Was aber unterscheidet den Geheimdienst in einer Demokratie von dem Geheimdienst in einer Diktatur? Aufgabe eines Geheimdienstes in einer Demokratie – daran sollte man vielleicht die US-Administration einmal erinnern – ist es, die zu verteidigen und zu schützen. Eine Kontrolle ihrer Arbeit durch die Volksvertreter ist gegeben. In der SED-Diktatur diente die Staatssicherheit zum Machterhalt einer autoritären Staatspartei. Dennoch funktionierte die DDR nicht allein aufgrund ihres Geheimdienstes, über dessen rege Tätigkeit inzwischen 111 Kilometer Akten Zeugnis ablegen.

Die DDR war mehr als Stasi, das wissen wir. Ihre Einwohner oder auch Insassen, wie manche Oppositionelle heute sagen, können nicht allein in die Kategorie Opfer oder Täter unterteilt werden. Die einen wurden IM, weil sie im Gefängnis erpresst wurden und unterzeichnen mussten, die anderen, weil sie sich davon berufliches Fortkommen versprachen, eine wieder andere Gruppe aus durchaus idealistischen Erwägungen. Auch das hat Karl-Heinz Gerstenberg angesprochen.

Eine schweigende Mehrheit ertrug das System, die einen besser, die anderen schlechter. Roland Jahn, der Bundesbeauftragte für die

Stasiunterlagen, hat einmal den schweren Vorwurf gegen seine Schwester erhoben, sie habe mit jedem Mal, als sie in der DDR wählen gegangen sei, einen Stein für seine Gefängnismauern geliefert. Diese Äußerung zeigt deutlich, wie schwer es ist und dass es mehr als eine Betrachtung des Apparates der Staatssicherheit bedarf, um sich dem Thema SED-Diktatur angemessen zu nähern.

Die Fokussierung auf die Staatssicherheit ist erinnerungspolitisch überholt. Das haben die Sachverständigen gesagt und das hat Karl-Heinz Gerstenberger noch einmal ausgeführt.

Einen tatsächlich angemessenen Vorschlag zur Zukunft des Sächsischen Beauftragten für die Stasiunterlagen haben Bündnis 90/Die Grünen nun vorgelegt. Wir begrüßen diesen ausdrücklich und sehen darin viele sinnvolle Weiterentwicklungen. Sowohl die Unabhängigkeit des Beauftragten von parteipolitischen Mehrheiten als auch eine Loslösung desselben vom Justizministerium betrachten wir als sehr sinnvoll. Nur so kann künftig vermieden werden, dass sich Opferverbände und große Fraktionen beispielsweise über eine Kandidatin einig sind und dann doch eine andere Wahl getroffen wird. Das ist eine unglückliche Ausgangssituation für alle Beteiligten, die sich nicht wiederholen sollte.

Wichtig finden wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Weiterentwicklung des Blickfeldes auf die sowjetische Besatzungszeit. Meines Erachtens ist das auch unter dem Titel „SED-Diktatur“ möglich. Deswegen haben wir mit dem Titel nicht so große Probleme. Die Zeitzeugen aus diesem düsteren Kapitel werden langsam rar. Es wird höchste Zeit, den Fokus auf diese oftmals sehr gewalttätige Phase der frühen Nachkriegszeit zu rücken.

Es gibt aus der Zeit der SBZ viele vergessene Schicksale. Ein Schicksal ist das des Sozialdemokraten Willy Jesse. Er wurde nach der Zwangsvereinigung von KPD und SPD zu SED zum Funktionär der SED

erhoben, dann aber wegen seiner fortdauernden sozialdemokratischen Gesinnung 1946 verhaftet und vier Jahre in Untersuchungshaft festgehalten. Es folgten zehn Jahre Gulag. Danach zog Willy Jesse in die Bundesrepublik. Er war noch einige Jahre in der SPD Lübeck tätig, bevor er sich das Leben nahm. Solche Biografien sind kaum bekannt und könnten durch eine Erweiterung des Fokus besser bearbeitet werden.

Eine weitere Neuerung besteht darin, dass der Beauftragte den Opferverbänden hilfreich zu Seite stehen soll. Hierin sehen wir eine sehr wichtige und eine sehr umsichtige Festlegung. In den Opferverbänden arbeiten oftmals hochtraumatisierte Menschen, bei denen politische Repressionen des SED-Regimes tiefe Spuren hinterlassen haben. Diese Menschen brauchen in ihrer ehrenamtlichen Arbeit Unterstützung, wie etwa beim Schreiben von Förderanträgen, beim Ausrichten von Großveranstaltungen und Ähnlichem. Es ist gut, dass sie nicht allein bleiben sollen.

Kurzum: Wir begrüßen die Initiative ausdrücklich und stimmen in allen Punkten zu. Wir bedauern sehr, dass die CDU-Fraktion das nicht tun kann. Die Argumente für die Ablehnung sind eher dünn bzw. gab es ein Hauptargument, was speziell mit der FDP bezeichnet wurde. An dieser Stelle kann ich nur an die FDP-Fraktion gerichtet sagen: Wer in Sachsen auch Zukunft noch Verantwortung übernehmen möchte, der sollte wissen, wie er mit der Vergangenheit Sachsens umgeht.

Am Wochenende, sehr verehrte Damen und Herren, gab es ein sehr interessantes Interview auf „Deutschlandradio Kultur“ mit Roland Jahn, dem Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen. Ich empfehle Ihnen, dieses Interview nachzuhören, weil er viele Aspekte der heutigen Diskussion aufgreift. Ich möchte meine Rede mit einem Satz von Roland Jahn aus diesem Gespräch beenden: „Der Blick in die Diktatur schärft unsere Sinne, um zu erkenne, wo Freiheit auch heute in Gefahr ist.“